

Kommunist

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint wöchentlich nachmittags um 5 Uhr, einmal monatlich, 465 Hk., durch die Post 465 Hk., ohne Postgebühren. Preis für Halle-Merseburg 1,50 Mark, für andere Orte 2,00 Mark. Verleger: D. G. B. Schulz, Leipzig. Druck: G. B. Schulz, Leipzig.

Der Einzelpreis beträgt 20 Mark für den Halbeseeher See und Spalte; 70 Hk. für Halbeseeher See und Spalte; 1,50 Hk. für Halbeseeher See und Spalte; 1,50 Hk. für Halbeseeher See und Spalte. 11 Uhr werden große Tage vorher. — Halbeseeher See 1923/24, 11 Uhr, Halle.

Einzelpreis 20 Mark

Freitag, den 1. Dezember 1922

2. Jahrgang, Nr. 281

Der Abwehrkampf der Anilin- und Sodas-Industrie

Die USPD-Führer wieder auf der Seite der Unternehmer

Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat bekanntlich mit der Entlassung von Betriebsräten, die an dem Reichskongreß teilgenommen hätten, einen Abwehrkampf des Proletariats herangezogen, der ständig noch in Ausdehnung gerät. Am Dienstag nachmittag erklärte ein Schiedsgericht die Maßregelung für berechtigt. Die Entlassenen sollen zudem noch 12 000 Mark Generebegünstigung erhalten. Die Kammergerichtskammer hat sich am Dienstagabend in einer Funktionärsversammlung über die Vorlage, die Verammlung nahm die Mitteilungen unter dem Ausdruck förmlichen Protestes gegen die Revokation der Fiktion entgegen. Sofort nach der Verlegung hatten sich 24 Betriebsräte für aktive Solidarität ausgesprochen. Das war die Antwort auf die Verträge der Gewerkschaftsbureaukraten, einen Abwehrkampf der Arbeiter zu verhindern. In einem Flugblatt erklärten sie, in der Frage des Streiks hätten nur sie zu entscheiden. Gleichzeitig erklärten sie, in der gegenwärtigen Lage würden sie sich entgegenstellen gegen den Streik auszusprechen. Auch der Anstaltsleiter wollte ein Stilllegen der Betriebe verhindern, aber er gab in einem gefälschten Brief, der die Entlassung der Betriebsratsmitglieder einflussreich mitteilte.

Das ist natürlich keine Kampfansage, sondern nur eine Propaganda, die in der Funktionärsversammlung in Form einer Besondere von den Arbeiterbureaukraten erhoben. Einfließen mußten die Funktionäre, die Delegierten sämtlicher Betriebe in Ludwigshafen zu aktiver Solidarität aufzurufen. Die Kampfstrategie bei den Anilin- und Sodawerken ist ausgezeichnet.

Nachdem das Unternehmertum den Kampf heraufbeschworen hat, werden nun die Arbeiter auch noch rückständige Forderungen an Lohnaufstellungen, die längst verlangt wurden, sollen nun durchgesetzt werden. In der Frage der Notstandarbeiten befragt man, daß bei der Bedienung lediglich nur ein Oidiumbetriebe besetzt bleiben solle, aber nur für den Fall, wenn die Arbeiter unter Kontrolle des Arbeiterrates vorgekommen werden, und der Arbeiterrat selbständig über diese Arbeiten entscheidet.

Am Mittwoch unternahm das Unternehmertum einen zweiten Versuch mit der Maßregelung von Betriebsräten in Kampeff. Hier antwortete die Arbeiterpartei mit der sofortigen Einstellung sämtlicher Betriebe. Heute wird wiederum mehr geschrieben. Allein 16 Zeitungskästen sind zu verzeichnen.

Nach der allgemeinen Stimmung ist ungenügend, daß sich der Streik noch weiter ausdehnt. Die Unternehmer, die so viel schmeicheln über die Notwendigkeit der Produktionssteigerung, geben hier ein ganz analogisches Beispiel dafür, daß sie aus Personalengpässen der Produktion ungeheuren Schaden zufügen. Die Arbeiter erkennen daraus, daß hinter all dem Gefasel von der Produktionssteigerung nichts anderes steht, als ein Versuch, der Arbeiterpartei eine verlängerte Frontzeit anzujuwagen. Die Gewerkschaftsführer

haben eine ungeheure Schuld auf sich, wenn sie bei diesem Kampf wiederum die Beschlüsse des Kapitals befolgen. Die Folge würde eine ungeheure Schädigung der Gewerkschaften sein.

Die sozialdemokratische Presse denunziert

Der „Vorwärts“ und sein bürgerlicher Wähler hat in allen Ländern den Reichsbetriebsratkongreß als eine „kommunistische Verschwörung“ hingestellt. Die moralische Verurteilung dieser Zeitungen zeigt sich treffend bei der Behandlung des Streites der Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. Die Tatsache, daß die Delegierten von circa 22 000 Mann sich mit den von der Direktion wegen Befehls des Reichsbetriebsratkongreßes entlassenen drei Betriebsräten solidarisiert, dringt diese „Rechtsorgane“ in Erregung.

Um den Organen der Staatsgewalt ein Niederträgliches des Streiks zu ermöglichen, dem Anleitern in seiner brutalen Schamadelerei den Rücken zu steifen, stellt der „Vorwärts“ die Behauptung auf, daß es sich bei dem Streik in Ludwigshafen um eine von Marxisten vorbereitete „kommunistische Verschwörung“ handle. Weil sich die durch eine furchtbare Schmeichelei, von Lohn und Ungeld ständig beherrschte Belegschaft der USPD, unter der Führung flüchtiger Betriebsräte noch nicht das Bündnis der Arbeiter von den Unternehmerbureaukraten der freien Gewerkschaften, weil sie sich bemüht ist, daß die Arbeiter unterzugehen, greifen diese „Rechtsorgane“ gegen die kämpfenden Arbeiter an in der gemeinsamen Zeit und Weise.

Doch die halbheiligen Stimmstempelnden des Tages nicht lassen können, zeigt sich hierbei wieder ganz froh. In einer widerwärtigen Verleumdung der Anilin- und Sodafabrik, die sich als „Rechtsorgane des Reichsbetriebsratkongreßes“ betitelt, führen die halbheiligen USPD-Korrespondenten über die Verleumdung freudig ins Gesicht. Sie schreiben:

„Aus dem gleichen Anlaß ist bürgerlichen Propagandisten zufolge auf der Grube „Albine“ ein Streik ausgebrochen, der aber durch die Vermittlung der zuständigen Gewerkschaft wieder beigelegt worden ist.“

In Wirklichkeit aber ist die Gewerkschaftsleitung der Belegschaft der Grube „Albine“ schon in der Milder gefallen, bevor der Streik ausgebrochen war. Der Betriebsleiter hat schon vor dem Streik erklärt, daß ihm die Gewerkschaftsleitung Unterstützung in ihrem Vorhaben gegen den Betriebsratsobmann ausgelagt habe. Die Gewerkschaftsleitung hat, schon vor dem Streik, den Kampf der Betriebsräte begangen, hat dem Unternehmern ganz besorgt das Bündnis gestiftet und ist der Belegschaft hinterhältig in den Rücken gefallen.

Die Arbeiter, die sich hinter die Betriebsratbewegung gestellt und erkannt haben, daß dieser Weg führt zu einer Verleumdung des Reichsbetriebsratkongreßes, werden dadurch, daß diese moralisch und finanziell diesen Kampf führen, daß sie sich selbst rüsten zu kämpfen, die unabweislich sind.

neue stielische Mittelklasse erlaubt das nicht mehr. Er wagt nicht, zu verstehen, daß die Anwaltschaft eine vordringliche Forderung sein würde, aber auch die Entscheidung falls, die nationale stielische Bewegung könne nicht aufgegeben werden. Das russische Programm sei genau dasjenige, was auch die Mächte in der Anwaltschaft beschließen möchten.

Wie der Auslandskorrespondent des „Daily Herald“ schreibt, ist es über, daß zwischen Frankreich und England ein gemeinsames Abkommen besteht, wonach Frankreich am Rhein und England im Osten freie Hand erhält. Die Folgen dieses Abkommens, so schreibt der Korrespondent, sind für Zentraluropa, für Deutschland und für Italien, unermesslich. Die neuesten Nachrichten aus Paris zeigen, welche Intentionen Frankreich am Rhein hat, und Englands Aufrichten in der Meerengefrage kann für das russische Volk noch schlimmere Gefahren in sich bergen.

In diesen Zusammenhängen ist es bedeutsam, daß der englische Ministerpräsident im Parlament seinen die Beziehungen wiederholt hat, von dem Grund aus, den der Vertrag des Sowjetregimes abhängig machen will. Das sind Anerkennung der Sowjetregierung und Rückgabe des Privatigentums oder seine volle Entschädigung.

Der Zusammenbruch zieht weitere Kreise

(Eigene Drahtmeldung.)

Der stielische Außenminister Deutsches Deutschland hat auf die Verlegung, dass die Verlegung des Reichsbetriebsratkongreßes sind, mit dem Grund aus, den der Vertrag des Sowjetregimes abhängig machen will. Das sind Anerkennung der Sowjetregierung und Rückgabe des Privatigentums oder seine volle Entschädigung.

Ein neues Kandidatensystem. In Oberösterreich hat die Kommunistische Partei etwa 37 000 Stimmen erhalten. Da zur Erlangung eines Mandates mindestens 40 000 Stimmen benötigt werden, mußten die abgeordneten Stimmen auf die Reichsliste der Kommunistischen Partei gezählt werden. Das sind Gesinnung Herta Gestirte als erste auf der Reichsliste stand, gilt sie als gewählt.

Der Dollar heute vormittag 7600 Mark

Das Scheitern der sächsischen Arbeiterregierung

Von Paul Böttcher.

In Sachsen sind die Verhandlungen zwischen den beiden Arbeiterpartei über die Bildung einer Arbeiterregierung gescheitert. Damit ist gleichzeitig der erste Versuch in Europa gescheitert, die Einheitsfront des Proletariats in Form einer Arbeiterregierung zu verwirklichen.

Bei einem großen Teil der Arbeiterpartei wird das Nichtausbleiben der Arbeiterregierung Enttäuschungen hervorgerufen. Diese haben ihren Grund darin, daß bei den bürgerlichen Wahlen in Sachsen das Proletariat aus eigener Kraft gegenüber der Bourgeoisie eine Parlamentarismus nicht erbracht hätte. Und zwar eine noch stärkere proletarische Mehrheit als bei den vorliegenden Wahlen. Die proletarische Mehrheit bei den wahlberechtigten Wahlen ist der Ausgangspunkt gewesen für die Verträge zur Bildung einer Arbeiterregierung.

Antworts auf den in breiten Arbeiternormen vorhandenen Glauben an die Möglichkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf konstitutionellen Wege, ohne außerparlamentarischen Kampf, mußten namentlich von den Arbeiterpartei die nächsten Schritte zur Ausweitung der parlamentarischen Verhältnisse gemacht werden. Die Kommunisten und Sozialdemokraten vor den Wahlen ihren Anhängern gegenüber für die Arbeiterregierung eingetreten waren, fragten die Sozialdemokraten nach den Wahlen bei den Kommunisten an, ob sie unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung bereit seien, mit ihnen eine Regierung zu bilden. Die Kommunisten beantworteten diese Fragen mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokratie früher selbst bei der Bildung der Regierung als ein politisches Mittel zum Zweck der Verfassung tauglich hat, und daß Verfassungsfragen nicht verhandelt, sondern durchgesetzt sind.

Gleichzeitig legte die Kommunistische Partei ein politisches Programm für die Arbeiterregierung vor. Dieses Programm enthielt zum größten Teil Forderungen, die bereits von der USPD und vom ADGB mehrfach aufgestellt waren. Dem Kampf um diese Forderungen waren die sozialdemokratischen Führer bisher jedoch beharrlich ausgeblieben. Die Kommunistische Partei erklärte, daß sie von den Sozialdemokraten zwar nicht den Kampf um die Bildung des Proletariats, aber um die notwendigsten Bedürfnisse der proletarischen Massen fordere. Dieser Kampf kann nur ausgefochten werden mit Hilfe der proletarischen Massen und ihrer Klassenorgane außerhalb des Parlamentes. Die Reichsliste der proletarischen Mehrheit im sächsischen Landtag können bei dem jetzigen Kraftverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat nichts anderes sein, als eine Bestätigung und Anerkennung dem Proletariat selbst geschaffenen politischen Zustandes.

Bei den Verhandlungen, die am 28. November mit dem Vertreter der USPD über Bildung der Arbeiterregierung geführt wurden, legten die sozialdemokratischen Unterhändler selbst ein Programm für die zu bildende Arbeiterregierung vor. Dieses Programm enthielt zum größten Teil nur allgemeine Formulierungen, durch die die bisherige sozialdemokratische Regierung als Arbeiterregierung motiviert werden sollte. Bei der Besprechung über die Durchführung dieser Formulierungen ergab sich aber sofort, daß die Sozialdemokratie die große Mehrheit einer stielischen Arbeiterregierung ist. Die Vertreter der USPD erklärten zwar die politische Beschäftigung des größten Teils der kommunistischen Forderungen an; sie strahnten jedoch dann zurück, diese Forderungen in ein Regierungsprogramm aufzunehmen. Die wichtigsten Forderungen der USPD, die erst die eigentliche Grundlage der Arbeiterregierung bilden, lehnten sie ab. Auf die Fragen unserer Genossen, wie sie sich die praktische Durchführung, z. B. der Herbeiführung des Lebensmittels, der Produktionsabnahme, der Wohnungsnot und den Schutz der Arbeiter vor den bewaffneten Angriffen der Reichslisten denken, antworteten die sozialdemokratischen Führer mit Verfassungsparaphrasen, Parlamentsregeln und Abstraktionen. Dem Appell an die arbeitenden Massen zum außerparlamentarischen Kampf für die Durchsetzung parlamentarischer Forderungen lehnten sie ausdrücklich ab. Ebenso lehnten sie es ab, in bestimmten Fragen auch nur den Versuch zu unternehmen, gegen die reaktionäre Politik der Reichsregierung den offenen Kampf aufzunehmen. Noch mehr die sozialdemokratischen Führer wärteten sich danach, die Verfassung bis an ihre äußerste Grenze im Interesse der Arbeiterpartei auszunutzen. Ein Verfassungskonflikt mit der Reichsregierung schien ihnen gleichbedeutend mit Weltuntergang. Da die sozialdemokratische Reichslistensituation dem Kabinett Dr. Baumbach das Vertrauen ausgesprochen hat, lehnen sie die sozialdemokratischen Führer in Sachsen davon, politische Maßnahmen zu ergreifen, die sie in Widerspruch bringen muß mit ihrer Koalitionspolitik im Reich. Der vergangene Sächsischer Landtag ist bereits an dieser Koalitionspolitik verendet. Der letzte Landtag wird kein besseres Schicksal erleben, wenn sich die proletarischen Massen nicht anders entscheiden. Die Möglichkeit der sozialdemokratischen Unterhändler in den Verhandlungen mit den Kommunisten war einseitig. Sie verlangten den Eintritt in ein sozialdemokratisches Kabinett. Die kommunistische Maschinerie sozialdemokratischer Sinnespolitik lehnten unsere Vertreter selbstverständlich ab.

Französisch-englisches Tauchgeschäft auf Kosten Deutschlands

Genosse Tischler über die Orientfrage

(Eigene Drahtmeldung.)

Die Allierten haben die Forderung Sowjetrusslands nicht akzeptiert. Sie haben einen Vertrag erlassen, in dem sie erklären, daß russische Delegierten sollten nur an den Debatten über die Meerengefrage teilnehmen. Die Antwort ist offensichtlich auf Betreiben Englands erfolgt. Die russische Delegation hat darauf noch nicht geantwortet. Sie wird wahrscheinlich die im Einklang mit dem Vertrag abwarten.

Jeder die Auffassung der russischen Delegation von der gestrigen von den Allierten überreichten Note wird heute betonen, daß die Russen bereit sind, an der Debatte über die Meerengefrage teilzunehmen und daß sie diesen Teil des Vertrages anerkennen werden. Sie werden aber auf die Gefahren hin, die sich aus der allierten Note ergeben, die Zustand die Bestimmungen des Vertrages, von denen es ausgeschlossen wird, nicht anerkennen kann.

Gestern abend empfing Genosse Tischler, der über Berlin nach Danauke reist, in der Berliner russischen Kolonial Presseverteiler und gab laut einer Mitteilung in einer Ansprache besonders über die Meerengefrage und ihre Bedeutung für das Schwarze Meer die Ansichten der Sowjetregierung wieder.

Seine Souveränität des türkischen Völkers über das türkische Land und die türkischen Gewässer, Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe, mit Ausnahme der türkischen, was für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit im Schwarzen Meer unbedingt notwendig ist. Das türkische Volk würde auf die Dauer auch nicht erlauben, daß die fremden Regierte über ihre Gewässer genommen würden, und daß kein Ansehen für jeden Angriff der Seemächte offen bliebe. Kein Ansehen, das hierfür keine Garantien böte, könne von Dauer sein. Die Garantie für Rumensien ihnen werden in dem Moskauer Vertrag zwischen Russland und der Türkei. Jeder Versuch der Einflüchtung in die türkischen Angelegenheiten würde von der türkischen nationalen Bewegung sogleich abgewehrt werden. Die

R.B.D.

Zeitung für Halle-Merseburger... Kreis Wittenberg...

Bereine

Arbeiter-Liedertafel... Arbeiter-Liedertafel...

Veranstaltungen

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Sportkl. 1939

Lehrungsstunde d. d. Johanneskirche...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...

Arbeiter-Liedertafel

Christenlehre, Sonntag 4. Dezbr. abds 7 Uhr...



Jeder Werttätige muß sich in dieser hochwichtigen Zeit über die Ereignisse auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete orientieren...

Eine Million

Wenn Sie gewonnen wenn Sie in der Lotterie spielen, oder Sie gewinnen eine große Summe...

Wohlfahrts-Lotterie

Der Bausenatschaft 'Neu-Pall' findet bestimmt am 3. Dezember, im 'Heldenpark' statt...

U. Brintmanns Restaurant

Schlachtfest mit musikalischer Unterhaltung, unter Mitwirkung des Herrn Paul Scheller...

Anzüge, Raglans, Hosen

Arbeiter-Bekleidung empfiehlt an günstigen Preisen Niefels Monatsgarderoben...

Weihnachts-Geschenke

in Ihren, Gold- und Silberwaren kaufen Sie vorzuziehbar...

Gebhardt-Elweiß-Kakao

dar von der Wissenschaft anerkannter Kräftigungstrank für in der Ernährung zurückgebliebene durch erschöpfende Krankheiten geschwächte Erwachsene...

Die Liquidation des Versailler Friedens

INHALT: Die Liquidation des Versailler Friedens. Das Kräfteverhältnis des Versailler Friedens. Die Liquidation des Versailler Friedens in Zentral-Europa...

CLARA ZETTIN WIR KLAGEN AN? Ein Beitrag zum Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre. Aus dem Inbilde: Die große Vergangenheit der Sozialrevolutionären Partei...

Trob der teuren Zeiten findet noch jeder bei uns preiswerte Artikel, um seinen Angehörigen eine Weihnachtsgabe bereiten zu können.

Herren-Mäntel, Herren-Joppen, Burischen-Joppen, Ba. Arbeitshojen, Gestreifte gute Hosen, Blaue Monteur-Anzüge...

Arbeits-Mäntel u. Mäntel-Losen, sowie kindliche Weiß- und Baumwollen-Trikotagen, Damenwäsche, reitw. Strümpfe und Socken, Schlaftdecken, Lipper...

Kanarienvogel, Kanarienvogel, Kanarienvogel, Kanarienvogel, Kanarienvogel...

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlung. Anlauf von Gold- u. Silber-Schub- und Gegenständen...

Steinweg 25 (gegenüber Schmelzstraße), 5. Lichtent.

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelheft 12 Bogen 16x24 cm, Druck 1922, durch die Vorkasse 465 M., ohne Druck- und Verlags-Gebühren, d. Verlag Halle-Merseburg, G.m.b.H., Halle, Vertriebsbüro 14, Fernru. 1065, 1047, 2261, Erscheinungstermin: Samstag 12-1 u. 4-11 Uhr.

Der Abonnementpreis beträgt 17 M., für den Winterhalbjahr und Spalte: 70 M., für den Sommerhalbjahr und Spalte: 65 M., bei Voranmeldung bis zum 1. Oktober 1922, an den bezugsberechtigten Verleger, Kassen für den 1. Oktober 1922, erbeten, größter Tage vorher. - Verlagsform: Leipzig 1922, 48, 74, 85, Halle.

Einzelpreis 20 Mark

Freitag, den 1. Dezember 1922

2. Jahrgang, Nr. 281

Der Abwehrtampff der Anilin-arbeiter

Die BSPD-Führer wieder auf der Seite der Unternehmer

Die Sachse Arbeiter- und Arbeiterinnen sind bekanntlich mit der Entlassung von Betriebsräten, die an dem Reichs-Regierung teilgenommen hatten, einen Abwehrtampff des Proletariats herangezogen, der ständig noch an Ausdehnung gewinnt. Am Dienstagmittag erklärte ein Schiedsgericht die Maßregelung für berechtigt. Die Entlassungen sollen zudem noch 12 000 Mark Gewerbesteuerbefreiung bezahlen. Die gemäßigten Betriebsräte erließen am Dienstagabend in einer Funktionärsversammlung Bericht über die Vorgänge. Die Versammlung nahm die Mitteilungen unter dem Ausdruck stillschweigender Protestes gegen die Intervention der Firma entgegen. Sofort nach der Verlesung hatten sich 24 Betriebsräte für aktive Solidarität ausgesprochen. Das war die Antwort auf die Verleumdung der Gewerkschaftsbureaukraten, einen Abwehrtampff der Arbeiter zu verhindern. In einem Flugblatt erklärten sie, in der Frage des Streiks hätten nur sie zu entscheiden. Gleichzeitig erklärten sie, in der gegenwärtigen Lage würden sie sich entscheiden gegen den Streik auszusprechen. Auch der Angehörigenliste wollte ein Stillgehen der Betriebe verhindern, aber er gab in einem gefalteten Briefschluß zu, daß er die Entlassung der Betriebsratsmitglieder einstimmig mißbilligt.

Das ist natürlich keine Kompensationsmaßnahme, sondern nur die Funktionäre des Gewerkschaftsbüros, die den Anilinarbeitern in der Funktionäreversammlung schwere Vorwürfe gegen die Gewerkschaftsbureaukraten erhoben. Einknistung beschließen die Funktionäre, die Belegschaften sämtlicher Betriebe in Ludwigsdorf zu aktiver Solidarität aufzurufen. Die Kampfstrategie bei den Anilinarbeitern ist ausgezeichnet.

Nachdem das Unternehmertum den Kampf herausbeschoren hat, werden nun die Arbeiter auch noch rücksichtlose Forderungen an Lohnaufhebungen, die längst verlangt wurden, stellen nun durchgeführt werden. In der Frage der Kostentransparenz besteht man, daß bei der Bahndiensteigenschaft nur ein Dienstbetrieb beibehalten solle, aber nur für den Fall, wenn die Arbeiter unter Kontrolle des Arbeiterrates vorgenommen werden, und der Arbeiterrat selbständig über diese Arbeiten entscheidet.

Am Mittwoch unternahm das Unternehmertum einen zweiten Vorstoß mit der Maßregelung von Betriebsräten in Vamprecht. Hier antwortete die Arbeiterschaft mit der sofortigen Entlassung sämtlicher Betriebe. Heute wird hingegen mehr gearbeitet. Meist 12 Zeugnisscheine sind zu verteilt.

Französisch-englisches Lauchgeschäft auf Kosten Deutschlands

Genosse Tischlerger in der Drehtafel (Eigene Drahtmeldung)

Anfangs, 1. Dezember.

Die Alliierten haben die Forderung Sowjet-Rußlands nicht akzeptiert. Sie haben einen Beschluß erlassen, in dem sie erklären, daß die russischen Delegierten sollten nur an den Beratungen über die Meerengenfrage teilnehmen. Die Antwort ist offensichtlich auf Betreiben Englands erfolgt. Die russische Delegation hat darauf nicht geantwortet. Sie wird wahrscheinlich erst das Eintreffen Tischlergers abwarten.

Über die Auffassung der russischen Delegation von der gestrigen von den Alliierten überbrachten Note wird heute berichtet, daß die Russen bereit sind, an der Debatte über die Meerengenfrage teilzunehmen und daß sie diesen Teil des Vertrags anerkennen werden. Sie meinen aber auf die Gefahren hin, die sich aus der aktiveren These ergeben, da Rußland die Bestimmungen des Vertrags, von denen es ausgeschlossen wird, nicht anerkennen kann.

Gestern abend empfing Genosse Tischlerger, der über Berlin nach Rußland reist, in der Berliner russischen Botschaft. Besonders über die Meerengenfrage und ihre Bedeutung für das Schwarz Meer die Ansichten der Sowjetregierung mitteilte.

Volle Souveränität des russischen Volkes über das kirchliche Land und die kirchlichen Geschäfte, Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe, mit Ausnahme der kirchlichen, was die Wahrung des Friedens und der Sicherheit im Schwarzen Meer unbedingt notwendig sei. Das kirchliche Volk würde auf die Dauer auch nicht zustimmen, daß man die kirchlichen Rechte über seine Gewässer weggenommen werden, und daß Konstantinopel für jeden Anreiz der Seemächte offen bleibe. Kein Volk, das Garantien für die Freiheit bietet, könne von Dauer bestehen zwischen Rußland und der Türkei. Jeder Versuch der Einwirkung in die kirchlichen Angelegenheiten würde von der kirchlichen nationalen Bewegung weggeschwenkt werden. Die

haben eine ungeheure Schuld auf sich, wenn sie bei diesem Kampf wiederum die Geschäfte des Kapitals beförzern. Die Folge würde eine ungeheure Schädigung der Gewerkschaften sein.

Die sozialdemokratische Presse denunziert

Der „Korradis“ und sein holländischer Vorgesetzter hat in allen Täufern den Reichsbetriebsratskongress als einen „kommunistischen Manöver“ hinstellen versucht. Die moralische Verurteilung dieser Täufern zeigt sich treffend bei der Behandlung des Streites der Arbeiter der Bahndiensteigenschaft und Sokojobiri in Ludwigsdorf. Die Tatsache, daß die Belegschaft von circa 22 000 Mann sich mit den von der Direktion wegen Behufs des Reichsbetriebsratskongresses entlassenen drei Betriebsräten solidarisiert, bringt diese „Arbeiterorgane“ in Erregung.

Um den Organen der Staatsgewalt ein Niederträgliches des Streiks zu ermöglichen, dem Antitrust in seiner brutalen Schärfe nachzueifern den Willen zu stellen, stellt der „Korradis“ die Behauptung auf, daß es sich bei dem Streik in Ludwigsdorf um eine „Kontingenz“ handele, die unter der Führung der „Arbeiterorgane“ handle. Seit Monaten vorbereitete „kommunistische Manöver“ handele sich unter der Führung der „Arbeiterorgane“ handle. Seit Monaten vorbereitete „kommunistische Manöver“ handele sich unter der Führung der „Arbeiterorgane“ handle. Seit Monaten vorbereitete „kommunistische Manöver“ handele sich unter der Führung der „Arbeiterorgane“ handle.

Es mag nicht zugehen, daß die Arbeiter sich nicht lassen, eine übertriebene Forderung zu stellen, sondern das Besseren des Reichsbetriebsratskongresses:

Streikmaßnahmen zur Einlösung des Streiks aus der zutraglichen Berücksichtigung der Belegschaften, bevor der Streik schon vor Ausweisung der Unternehmern zugestimmt wurde.

Das russische Unternehmertum ganz beifolgt hinterhältig in der Arbeiterschaft gestellt.

Es mag nicht zugehen, daß die Arbeiter sich nicht lassen, eine übertriebene Forderung zu stellen, sondern das Besseren des Reichsbetriebsratskongresses:

Streikmaßnahmen zur Einlösung des Streiks aus der zutraglichen Berücksichtigung der Belegschaften, bevor der Streik schon vor Ausweisung der Unternehmern zugestimmt wurde.

Das russische Unternehmertum ganz beifolgt hinterhältig in der Arbeiterschaft gestellt.

Es mag nicht zugehen, daß die Arbeiter sich nicht lassen, eine übertriebene Forderung zu stellen, sondern das Besseren des Reichsbetriebsratskongresses:

Streikmaßnahmen zur Einlösung des Streiks aus der zutraglichen Berücksichtigung der Belegschaften, bevor der Streik schon vor Ausweisung der Unternehmern zugestimmt wurde.

Das russische Unternehmertum ganz beifolgt hinterhältig in der Arbeiterschaft gestellt.

Es mag nicht zugehen, daß die Arbeiter sich nicht lassen, eine übertriebene Forderung zu stellen, sondern das Besseren des Reichsbetriebsratskongresses:

Streikmaßnahmen zur Einlösung des Streiks aus der zutraglichen Berücksichtigung der Belegschaften, bevor der Streik schon vor Ausweisung der Unternehmern zugestimmt wurde.

Das russische Unternehmertum ganz beifolgt hinterhältig in der Arbeiterschaft gestellt.

Es mag nicht zugehen, daß die Arbeiter sich nicht lassen, eine übertriebene Forderung zu stellen, sondern das Besseren des Reichsbetriebsratskongresses:

Streikmaßnahmen zur Einlösung des Streiks aus der zutraglichen Berücksichtigung der Belegschaften, bevor der Streik schon vor Ausweisung der Unternehmern zugestimmt wurde.

Das Scheitern der sächsischen Arbeiterregierung

Von Paul Böttger

In Sachsen sind die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und der Bildung der Arbeiterregierung gescheitert. Damit ist gleichzeitig der erste Versuch in Europa gescheitert, die Einheit der Arbeiterschaft in Form einer Arbeiterregierung zu verwirklichen.

Bei einem großen Teil der Arbeiterschaft wird das Scheitern der Verhandlungen zwischen den Arbeitern und der Bildung der Arbeiterregierung Enttäuschungen hervorgerufen. Diese haben ihren Grund darin, daß bei den bürgerlichen Klassen in Sachsen das Proletariat aus eigener Kraft gegenüber der Bourgeoisie eine Parlamentsmacht zu Lande gebracht hatte. Und zwar eine noch stärkere proletarische Mehrheit als bei den proletarischen Klassen. Die proletarische Mehrheit ist der verfassungsmäßige Weg für die Ausgangspunkt gewesen für die Verträge zur Bildung einer Arbeiterregierung.

Antwärtig an den in breiten Arbeitermassen vorhandenen Glauben an die Möglichkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf konstitutionellen Wege, ohne außerparlamentarischen Kampf, mußten nunmehr von den Arbeiterparteien die nächsten Schritte zur Aussetzung der parlamentarischen Machtverhältnisse gemacht werden. Da die Kommunisten und Sozialdemokraten von den Arbeitern ihren Anhängern gegenüber für die Arbeiterregierung eingetreten waren, fragten die Sozialdemokraten nach den Wahlen bei den Kommunisten an, ob sie „unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung“ bereit seien, mit ihnen eine Regierung zu bilden. Die Kommunisten beantworteten diese Gesuchenfrage mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokraten selber nicht auf die Verfassung abgesehen, sondern politische Mittel zum Zweck der Verfassung genutzt hat, und daß Verfassungsfragen nicht der Sache, sondern der Form zuzuzählen sind. Gleichzeitig legte die Kommunistische Partei ein politisches Programm für die Arbeiterregierung vor. Dieses Programm enthielt zum größten Teil Forderungen, die bereits von der SPD und vom ADGB mehrfach aufgestellt waren. Dem Kampf um diese Forderungen waren die sozialdemokratischen Führer bisher jedoch beharrlich ausgesprochen. Die Kommunistische Partei erklärte, daß sie nun den Sozialdemokraten zwar nicht den Kampf um die Diktatur des Proletariats, aber um die notwendigen Bedürfnisse der proletarischen Massen fordere. Dieser Kampf kann nur ausgefochten werden mit Hilfe der proletarischen Massen und ihrer Klassenorgane außerhalb des Parlaments. Die Bedürfnisse der proletarischen Mehrheit im sächsischen Landtag können bei dem jetzigen Verhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat nichts anderes sein, als eine Befreiung und Anerkennung der Produktion, die sich selbst geschaffenen politischen Zustände.

Bei den Verhandlungen, die am 28. November mit den Vertretern der BSPD über die Bildung der Arbeiterregierung geführt wurden, legten die sozialdemokratischen Unterhändler selbst ein Programm für die zu bildende Arbeiterregierung vor. Dieses Programm enthielt zum größten Teil nur allgemeine Forderungen, durch die die jetzige sozialdemokratische Regierung als Arbeiterregierung maskiert werden sollte.

Bei der Besprechung über die Durchführung dieser Forderungen trat er jedoch nicht ab, sondern wollte, daß die Sozialdemokratie die größte Feindin einer wirklichen Arbeiterregierung ist. Die Vertreter der BSPD erkannten zwar die tatsächliche Bedeutung des größten Teils der kommunalistischen Forderungen an, sie lehnten jedoch davon zurück, diese Forderungen in ein Regierungsprogramm aufzunehmen. Die wichtigsten Forderungen der BSPD, die erst die eigentliche Grundlage der Arbeiterregierung bilden, lehnten sie ab.

Auf die Fragen unserer Genossen, wie sie sich die praktische Durchführung der Forderungen der Lebensmittellieferanten, der Arbeiter vor den besonnenen Angriffen der Klassen denken, antworteten die sozialdemokratischen Führer mit Verfassungsparagrafen, Parlamentarismus und Versteherlichkeiten. Den Appell an die arbeitenden Massen zum außerparlamentarischen Kampf für die Durchsetzung parlamentarischer Forderungen lehnten sie ausdrücklich ab. Ebenso lehnten sie es ab, in bestimmten Fragen auf den Versuch zu verzichten, gegen die reaktionäre Politik der Reichsregierung den offenen Kampf aufzunehmen.

Die sozialdemokratischen Führer führten sich dann, die Verfassung bis an ihre äußerste Grenze im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen. Ein Verfassungsstillsitz mit der Reichsregierung schien ihnen gleichbedeutend mit Unterwerfung. Da die sozialdemokratische Reichsstaatspraxis dem Kabinett Dr. Baumbach das Vertrauen ausgesprochen hat, scheuen sich die sozialdemokratischen Führer in Sachsen, politische Maßnahmen zu ergreifen, die sie in Widerspruch bringen mit ihrer Koalitions- und Politik im Reich. Der vergangene Schicksal des Reiches ist bereits an dieser Koalitionspolitik vernehmbar. Der jetzige Landtag wird kein helleres Schicksal erleben, wenn sich die proletarischen Massen nicht anders entscheiden. Die Politik der sozialdemokratischen Unterhändler in den Verhandlungen mit den Kommunisten war einseitig. Sie verlangten den Eintritt von kommunistischen Ministern in ein sozialdemokratisches Kabinett. Diese kommunistische Forderung sozialdemokratischer Stimmespolitik lehnten unsere Vertreter kategorisch ab.

Der Zusammenbruch zieht weitere Kreise

(Eigene Drahtmeldung)

Anfangs, 1. Dezember.

Die sächsische Arbeiterpartei hat den Versuch gemacht, die Vereinigung der Konferenz. Man will sich insbesondere den Reparationsproblemen widmen. Die Gefahr eines Zusammenbruchs Deutschlands ist nicht weiter und dann ist auch die Katastrophe der anderen Länder, besonders der Tschechoslowakei, unvermeidlich.

Ein neues Mandatgewand. In Oberloßnitz hat die Kommunistische Partei etwa 7 500 Stimmen erhalten. Da zur Erlangung eines Mandates mindestens 4 000 Stimmen benötigt wurden, mußten die abgegebenen Stimmen auf die Reichsliste der Kommunistischen Partei gebracht werden. Da unsere Genossen Jerta Geste als erste auf der Reichsliste stand, gilt sie als gewählt.

Der Dollar heute vormittag 7600 Mark

